

Öffentliche Sitzung
 des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 15.02.2023
 im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

bis TOP 1 nö

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Paul Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

ab 16:56 Uhr.

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Alexander Groll

Herr Gerd Hägele

Frau Vera Nimführ

zu TOP 1 & 2

Herr Helmut Ott

Herr Hans-Peter Reuter

Gast

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Abwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

CDU

Herr Stadtrat David Sopp

SPD

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Tagesordnung

=====

- 1** Einbringung, Vorberatung und Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne 2023 der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2026
- 2** Einbringung, Vorberatung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
- 3** Investitionskostenzuschuss zur Errichtung zweier Schutzhütten für die Waldnaturgruppen des Musik-Kindergartens, Buchhölzle 1+2, 73525 Schwäbisch Gmünd
- 4** Beschaffung eines Fahrzeuges zuzüglich der Messanlage zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung
- 5** Bekanntgaben
- 5.1** Verlegung von Glasfaserleitungen im Bereich Remsstraße und Schmiedgassen
- 6** Anfragen
- 6.1** Wiedereröffnung der Sauna im Hallenbad
- 6.2** Aktueller Stand ASPEN

Erster Bürgermeister Baron begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Einbringung, Vorberatung und Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne 2023 der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2026
Vorlage: 010/2023**

Protokoll:

Herr Bantel führt in den Sachverhalt ein.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen hat einige Fragen zum Wirtschaftsplan des CCS. Die Zahlen des Wirtschaftsplanes seien mit Vorbehalt. In den Steigerungen der Erlöse seien 20.000 Euro pro Jahr vorgesehen. Man hoffe, dass das CCS tatsächlich erfolgreicher herauskomme. Man wünsche und erwarte, dass es mehr seien. Die Zinsen seien relativ niedrig gerechnet. Er erkundigt sich, ob die erwarteten Zinszahlungen noch ausreichend seien, da diese ja ansteigen würden. Beim Prediger sei keine Steigerung vorgesehen. Er erkundigt sich, wie der Prediger in der Strategie des CCS vorgesehen sei. Er erkundigt sich außerdem nach der CCS-Gastronomie. Momentan würden die Küche und das Restaurant im CCS brachliegen. Man wäre dankbar, wenn man nochmal in die Diskussion einsteige oder Information bekomme, wie es weitergehen könne für die Reaktivierung. Wie könne man die Kosten reduzieren?

Herr Grill antwortet, dass das Restaurant im Stadtgarten derzeit nicht regelmäßig bewirtet werde. Das Ziel sei eine regelmäßige Bewirtung, auch von den Gastronomen. Es gebe hierzu bereits auch ein Konzept. Er werde sich nach dem konkreten Zeitplan erkundigen. Bei der Entwicklung des Umsatzes gehe man vorsichtig optimistisch vor. Das Ziel sei 10 Prozent Umsatzsteigerung pro Jahr. Der Prediger sei mit 25.000 Euro eingeplant, da man den Prediger nicht direkt vermiete, sondern es ein BgA sei. Ob es in Zukunft zu einer Änderung komme, werde man prüfen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob es dann beim Prediger „linke Tasche, rechte Tasche“ sei.

Herr Grill bestätigt dies.

Herr Bantel äußert, dass man die Zinsen mit 3,5 Prozent kalkuliere und dies auch dem aktuellen Stand entspreche.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass das CCS aus schwierigen Zeiten komme. Man werde dem Wirtschaftsplan zustimmen. Die Entwicklung des Jahresergebnisses sei

nicht erfreulich, die Ausgaben würden relativ stark steigen und die Erlöse moderat bleiben. Der Energieverbrauch komme vor allem durch Strom und Heizöl zustande. Man habe diskutiert, dass die Bedingungen im CCS äußerst ungünstig seien. Sie erkundigt sich, wodurch die Steigerungen bei den Personalkosten zustande kommen. Außerdem erkundigt sie sich nach einem Benchmark mit anderen Veranstaltungshallen. Sie erkundigt sich außerdem nach den Investitionskosten in Höhe von 370.000 Euro beim Sachvermögen und möchte wissen, was sich dahinter verberge. Ansonsten wünscht sie Herrn Grill weiterhin viel Erfolg.

Herr Grill äußert, dass die Investitionskosten vor allem auf die Modernisierung der Stühle entfallen würden. Außerdem müsse man die Aufzüge im vorderen Bereich sanieren. Man schöpfe Kredite nur insoweit aus, als dass sie notwendig seien.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, ob man eine Vorlage dafür erhalten würde.

Herr Grill bestätigt dies.

Herr Grill äußert, dass die Personalkosten 2023 die regulären seien. 2022 und 2021 habe es Kurzarbeit gegeben, daher seien sie dort geringer. Bei den Energiekosten habe man bisher kein Benchmark mit anderen Hallen, man werde versuchen, dies in Erfahrung bringen. Mit Investition in Blockheizkraftwerk, Dach und PV-Anlage könne man viel Energie einsparen. Man habe einen Fachingenieur und erhalte monatlich einen Report. Die Steigerung des Gaspreises sei zu spüren.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob der Zulauf bei Veranstaltungen wieder wie vor Corona sei. Außerdem würden es die Menschen sehr schade finden, dass das Restaurant im Rokoko-Schlösschen nur selten offen habe.

Herr Grill antwortet, dass die Gastronomen mit Personalnot kämpfen würden, daher gebe es verkürzte Öffnungszeiten. Die Herausforderung sei, dass man auch Personal vorhalten müsse, um die Veranstaltungen zu betreuen.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass man sich die Frage stellen müsse, wie man zu mehr Umsatz komme, da weitere Einsparungen nicht möglich seien. Bei den Veranstaltungskonzepten würde man sich über eine Vorstellung freuen, ggf. auch mit einer Kooperation mit der T&M. Wichtig sei, dass man das CCS so wie bisher weiterbetriebe.

Herr Grill führt aus, dass man die Kultur in den Mittelpunkt rücken und attraktiver werden wolle. In Bezug auf Tagungen und Kongresse sei man im Gespräch mit den Hotels und gehe auch auf Messen. Er werde auf den Gemeinderat zukommen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, CCS
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Einbringung, Vorberatung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 015/2023

Protokoll:

Herr Bantel führt in den Sachverhalt ein.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert Kritik, dass der Haushalt der Hospitalstiftung nicht im Stiftungsausschuss beraten werde und dieser bisher nur einmal getagt habe. Seiner Meinung nach gebe es genügend Themen, die man diskutieren könne. Die Neuorganisation der Herzenswege hätte ebenfalls vorberaten werden müssen. Er könne außerdem nicht nachvollziehen, was bei einer Aufgabenübertragung 100.000 Euro Kosten verursache. Die Stiftungssatzung könne er ebenfalls nicht finden. Außerdem würden keine Jahresabschlüsse seit der Umstellung auf das NKHR vorliegen.

Erster Bürgermeister Baron erinnert Stadtrat Krieg daran, dass die Neuorganisation im Stiftungsausschuss vorberaten worden sei.

Herr Ott führt aus, dass die Satzung auf der Homepage vorhanden sei. Bei Fragen könne man sich jederzeit gerne melden.

Herr Bantel äußert, dass die Abschlüsse ab 2020 noch nicht vorliegen würden, da die Eröffnungsbilanz noch nicht fertiggestellt sei.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass es sich um eine segenreiche Einrichtung handle. Sie wünscht sich eine Übersicht über die Aufgaben der Stiftung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Investitionskostenzuspruch zur Errichtung zweier Schutzhütten für die Waldnaturgruppen des Musik-Kindergartens, Buchhölzle 1+2, 73525 Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 021/2023

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron begrüßt Herrn Arnholdt und Herrn Töws.

Herr Arnholdt führt in den Sachverhalt ein.

Herr Töws präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Herr Arnholdt betont, dass der Bedarf vorhanden sei, man habe außerdem die Anbindung in Richtung Hardt sowie EWILPA im Blick.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bedankt sich für die Vorstellung, es sei ein schönes Projekt, was man vorliegen habe. Dass die Gemarkung in der Oststadt liege, sei nachvollziehbar, die Oststadt sei in Bewegung, Eco Village würde in den Startlöchern stehen. Dass man bereits im Vorfeld die Weichen stelle, sei wichtig. Das ein oder andere Mal habe man über unterschiedliche Betriebsformen, Betreuungskonzepte und Zuschussanträge gesprochen. Man wünsche sich mehr Informationen zum Betreuungskonzept, sodass man sich darunter auch etwas vorstellen könne. 700.000 Euro seien im Vergleich zu einem normalen Bau sehr viel. Er erkundigt sich außerdem, ob ein gewisser Sicherheitsabstand zu den Bäumen gewahrt werden müsse und ob die Erreichbarkeit aufgrund der Lage schwierig sei.

Herr Töws antwortet, dass man aktuell ein Musikkindergarten sei, aber wenn man in den Wald gehe, werde der Schwerpunkt ein anderer sein. Es gebe ein Konzept für den Wald, dieses könne er gerne nachreichen.

Herr Arnholdt führt aus, dass sich die Kosten für eine feststehende Kita-Gruppe bei einer Erweiterung auf ca. 1 Mio. Euro belaufen würden. Bei Naturgruppen handle es sich um Bauwerke, die nicht zum Daueraufenthalt genehmigt seien. Hier gebe es verschiedene Kostengrenzen, an der oberen Grenze würden Jürte-Hütten liegen, diese seien sehr teuer und hätten eine hohe Aufenthaltsqualität. Auf der unteren Eben würden Zirkuswägen liegen. Das Modell, das hier ausgewählt worden sei, koste 700.000 Euro für 40 Plätze und sei damit deutlich günstiger als eine feststehende Einrichtung, hier würde man bei 2 Mio. Euro liegen. Es sei ein Modell, das man mache, solange die Nachfrage da sei. Es sei kein Allheil-Mittel für die Platzproblematik. Man brauche auch einen entsprechenden Träger.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen findet die Idee des Waldkindergartens gut. Die Kinder würden nachhaltig erzogen werden. Er erkundigt sich, wem das Grundstück gehöre.

Herr Töws antwortet, dass das Eigentum bereits erworben worden sei.

Stadtrat Dr. Beck/SPD bedankt sich für das Konzept, man werde zustimmen. Beim Investitionskostenzuschuss solle man künftig darüber diskutieren, wie man verfahren solle, da man zwischen 70 und 100 Prozent Zuschuss gewähre. Er erkundigt sich außerdem, wie die Planungen bei großen Trägern aussehen würden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Zahl der konfessionellen Kinder zurückgehe, dies übernehme dann die Stadt. Man müsse den Einzelfall anschauen. Es gebe auch verschiedene Vorgaben von Rottenburg, man könne sich gerne vertieft damit beschäftigen. Man halte im Grunde nach am System fest, weil es eine große Vielfalt habe. Eine stringente Linie sei nicht so sehr durchgezogen werden, da die Träger die Stadt oft vor die Wahl stellen würden, dass die Einrichtung geschlossen werde oder mit anderen Bedingungen weiterbetrieben werde.

Herr Arnholdt führt aus, dass man gerne eine Aufstellung über die Bezuschussung machen könne. Er sei im Gesamtkirchengemeinderat gewesen, dort sei auch eine Vertreterin der Diözese anwesend gewesen. Die Kirchen würden ihr Engagement immer an den Mitgliederzahlen ausrichten, daher würden aktuell auch keine neuen Häuser übernommen werden.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich für die Vorstellung. Es sei keine große Einrichtung, die entstehen werde. Bei der Grundschule Hardt stehe man im Wort, dass man einen Kindergarten direkt an der Schule baue, um die Kinder möglichst auf dem Hardt zu lassen, damit die Grundschule bestehen könne.

Herr Arnholdt antwortet, dass der Standort nichts auf dem Hardt ersetzen solle. Es sei nun aber wichtig, die Plätze zu schaffen, um den dringenden Bedarf zu decken.

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, warum der Preis für das Grundstück nicht dazugerechnet werde.

Herr Arnholdt antwortet, dass der Verein das Eigentum am Grundstück bereits erworben hätte. Man bezuschusse nur die Baukosten, nicht den Erwerb des Grundstücks.

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, wie lange der Betrieb des Kindergartens geplant sei. Außerdem möchte er wissen, was ein Trockenklo sei und wie ein Kindergarten ohne Wasser auskomme.

Erster Bürgermeister Baron regt den Besuch des bestehenden Jürte-Kindergartens an.

Herr Arnholdt antwortet, dass nicht der Zeitraum des Betriebs gemeint gewesen sei, sondern es den Aufenthalt betreffe. Die Räume seien nicht zum Daueraufenthalt genehmigt für den ganzen Tag. Es gebe Konzepte, die das Thema Trockenklo ohne Kanalanschluss beinhalten würden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Waldnaturgruppen des Musik-Kindergartens werden in die kommunale Bedarfsplanung der Stadt Schwäbisch Gmünd 2023/2024 aufgenommen. Dem Betrieb der ersten Gruppe zum 01.03.2024 und der zeitverzögerten zweiten Gruppe sowie dessen Finanzierung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt mit dem Verein zur Förderung von Bildung und christlichen Werten Schwäbisch Gmünd e.V. als Träger einen entsprechenden Betreibervertrag zu schließen.
2. Die beiden Schutzhütten für die Waldnaturgruppen des Musik-Kindergartens werden mit 70 % der Gesamtkosten in Höhe von 700.000 € (675.000 € Baukosten und 25.000 € Kosten für Erstausrüstung) mit maximal 490.000 € bezu-

schusst. Die 490.000 € werden im nächsten Doppelhaushalt für das Jahr 2024 etatisiert.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Beschaffung eines Fahrzeuges zuzüglich der Messanlage zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung
Vorlage: 020/2023**

Protokoll:

Herr Hägele erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Man sehe wieder einmal, dass E-Autos teuer seien. Man leiste sich einen gewissen Luxus, wolle aber Vorbild sein. Das Fahrzeug rechne sich, das letzte Fahrzeug sei teurer. Das Fahrzeug werde sich immer besser rechnen. Man solle mit Maß und Ziel Orte wählen und nicht nur da blitzen, wo viel Geld umgesetzt werden könne, sondern an Gefahrenstellen. Künftig solle man dann aber keine stationären Blitzer mehr installieren.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass eine stationäre Anlage für eine disziplinierte Wirkung an Gefahrenstellen wichtig sei. Am Ortseingang vertrete er die Auffassung von Stadtrat Bläse. Das neue Fahrzeug bringe auch eine Erweiterung der Möglichkeiten, man könne auch in Kurven und anderen Stellen messen. Man wolle nicht zur Überwachungsstadt werden.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Ausführungen. Bei der Geschwindigkeitsüberwachung gebe es ein Dilemma zwischen mehr kontrollieren und weniger. Daher solle man weiterhin in ausgewogenem Maße vorgehen. Das E-Auto sei sehr zu begrüßen. Es sei gut, dass man eine Gegenüberstellung gemacht habe. Auch die Kosten des laufenden Betriebs wären interessant, über Jahre sei ein E-Auto günstiger. Es sei eine Investition in die Zukunft. Man hoffe, dass es lange halten werde. Es gebe keine Konkurrenzangebote, daher erkundigt er sich, ob es für dieses System nur einen Anbieter gebe.

Herr Hägele antwortet, dass man es 2020 beschränkt ausgeschrieben und nur ein Angebot erhalten habe. Da man die Technik flexibel einsetzen und mit nur einem konkreten Produkt arbeiten wolle, wolle man das gleiche Fahrzeug einsetzen. Die Kamera, die das neue Fahrzeug habe, könne man bei Bedarf auch in einem anderen Fahrzeug einsetzen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass sich drei städtische Mitarbeiter durch ihre Arbeit refinanzieren würden. Die Stadt Aalen habe 1,5 Mio. Euro in stationäre Anlagen investiert. Er erkundigt sich, ob Aalen damit zur Kontrollstadt geworden sei.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass es unterschiedliche Überzeugungen gebe.

Es gebe Befürworter der stationären Anlagen, er persönlich halte von diesen nichts. Seiner Überzeugung nach sei eine mobile Überwachung am effektivsten. Wie es sich in Aalen auswirke, müsste man prüfen, dies sei aber nicht Aufgabe der Stadt Schwäbisch Gmünd.

Stadträtin Cynthia Schneider/DIE LINKE äußert, dass man das E-Auto unterstützen werde.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass sie eine Anhängerin der stationären Überwachungsanlage sei, da diese diszipliniere. Nur wenn man geblitzt werde, fahre man 30, ansonsten 50. Diese Erfahrung zeige sich auch in Wetzgau.

Erster Bürgermeister Baron teilt die Meinung nicht. Bei jedem werde immer zu schnell gefahren. Die Verstoßquote könne man nachliefern. Wenn man merke, dass an einer Stelle zu oft zu schnell gefahren werden, werde man auch verstärkt kontrollieren.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen bestätigt die Erfahrung von Stadträtin Abele.

Stadtrat Christian Krieg/CDU schlägt vor, das Thema in die Ortsvorsteher-Runde mitzunehmen, um neue Plätze zum Blitzen identifizieren zu können. Er erkundigt sich außerdem, ob es Erfahrungen mit einem Blitzer-Anhänger gebe. Diesen könne man ausleihen. Er teile die Auffassung des Ersten Bürgermeisters Baron nicht.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man es in der Runde der Ortsvorsteher gerne ansprechen könne. Man sei jedoch im Austausch, die Ortsvorsteher und Anwohner würden Bescheid geben. Der Maßstab sei die Verkehrssicherheit. Seine Überzeugung sei die, dass stationäre Anlagen eine gewissere Auffälligkeit hätten. Sie hätten die Wirkung, dass man langsamer fahre, wenn man den Blitzer sehe. Die disziplinierende Wirkung komme nur, wenn es blitze. Dies habe man nur mit einem Überraschungseffekt. Die Erfahrung zeige, dass man nach dem Blitzer wieder schneller fahre, je nach Beschaffenheit der Straße. Der Anhänger brauche einen gewissen Platz und Winkel. Die mobile Lösung sei effektiver, was den Kontrolldruck betreffe. Es sollten sich möglichst alle an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Zustimmung zum Kauf eines E-Fahrzeuges (Toyota Proace City Verso) zuzüglich der Messanlage zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung gemäß dem Angebot der Firma Jenoptik Robot GmbH aus Monheim vom 26.01.2022 in Höhe von 158.473,56 €.
2. Zur Finanzierung wird der Haushaltsansatz 2022 bei der Investitionsnummer 1221E-0001 (Erwerb von Verkehrsüberwachungsanlagen) in Höhe von 166.000 € als Ermächtigungsübertragung gemäß §21 Abs. 1 GemHVO in

das Jahr 2023 übertragen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 5 **Bekanntgaben**

zu 5.1 **Verlegung von Glasfaserleitungen im Bereich Remsstraße und Schmiedgassen**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron gibt bekannt, dass in der Remsstraße und Schmiedgasse aufgrund der Verlegung von Glasfaserleitungen vom 20.02.-24.02.2023 eine Baustelle eingerichtet werde. Der Busverkehr in der Vorderen Schmiedgasse werde umgeleitet, in der Remsstraße werde eine abschnittsweise Sperrung notwendig.

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich, ob es eine Totalsperrung sei.

Herr Hägele antwortet, dass die Schmiedgasse komplett gesperrt werde, die Remsstraße in Richtung Aalen werde abschnittsweise gesperrt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 6 **Anfragen**

zu 6.1 **Wiedereröffnung der Sauna im Hallenbad**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass er vergangene Woche wegen des Hallenbads nachgefragt hatte. Er erkundigt sich, ob man einen Kompromiss finden könne, beispielsweise, indem man die Sauna an zwei Tagen öffne. Er erkundigt sich, ob man dies im Aufsichtsrat diskutiert habe.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass er die Frage bereits in der letzten Sitzung beantwortet habe. Die Absenkung um drei Grad Celsius sowie die Schließung der Sauna von September bis Mai spare 195 Tonnen CO₂ und geschätzt 455 KW Strom ein. Das Ziel sei nicht, dauerhaft die Sauna geschlossen zu haben, aber man habe das Paket so abgestimmt. Es gebe nicht nur Verlierer. Es sei der Kompromiss gewesen, dass man das Hallenbad insgesamt offengelassen habe. Andere Städte hätten komplett zugemacht. Man sei der Auffassung, dass man das Paket auch umsetzen solle. Momentan beabsichtige man nicht, den Aufsichtsrat einzuberufen. Die Strom- und CO₂-Einsparung solle in der Argumentation auch mit einfließen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD betont, dass man 160.000 Euro eingespart habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: Stadtwerke

zu 6.2 **Aktueller Stand ASPEN**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich nach dem aktuellen Stand von Aspen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man verschiedene Gespräche führe, es jedoch nichts Neues gebe. Es benötige Zeit. Sobald es etwas gebe, werde man informieren. Momentan gebe es keine Neuigkeiten, dies bedeute auch, dass es keine schlechten gebe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.4

Für die Richtigkeit!

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: